

ZUKÜNFT

ZEITSCHRIFT FÜR ZUKUNFTSGESTALTUNG & VERNETZTES DENKEN



Solidarität: Chance für die Zukunft?

● **INITIATIVE ZUKUNFT:**
Visionen und ihre
Umsetzungschancen

● **FORUM BÜRGERGESELLSCHAFT**
Ohne die Zivilgesellschaft ist
keine Stadt mehr zu machen

Inhalt

SOLIDARITÄT ALS CHANCE

Solidarität: Chance für die Zukunft? 4
Andrea Hoffmann, Erhard O. Müller

Die 10 Kernpunkte der Vision 5

Kritik und solidarische Alternativen 6

Grundwerte für eine Kultur der Solidarität 7

Vision einer gerechteren Gesellschaft von morgen. 9

Die Vision ist bezahlbar. Ralf Welter 11

Tobin-Steuer. Eine Devisen-Umsatzsteuer als nützliches Zusatzelement 17

Mit Grundsicherung die Welt verändern? 18
Gisela Notz

Konzepte für einen erweiterten Arbeitsbegriff 22
Eckart Hildebrandt

Zum Beispiel Berlin: Leitbild Arbeit 2020 26

Bürgerjahr und Kombi-Arbeit in der fiktiven Stadt Dromstaedt. Klaus von Lüpke 27

INITIATIVE ZUKUNFT

Was will die INITIATIVE ZUKUNFT? II

Zukunftszirkel gründen - aber wie? III

Zukunftsforum „Gerechte Gesellschaft“ V

Zukunftsforum „Komplementäre Währungen“ VII

Reader: Von der Vision zur politischen Programmatik VIII

FORUM BÜRGERGESELLSCHAFT

Ökonomie der Zivilgesellschaft. Daniel Dahm 31

Bürgerschaftliches Engagement: ein Standortfaktor? Melanie Menge 35

Demokratie ist mehr. Enquete der Robert-Jungk-Bibliothek Salzburg 39

Studie zu Freiwilligenagenturen Alfred Auer, Hans Holzinger, Walter Spielmann 40

FUTUR

Die neuen Themen finden ihren Fokus. Sabine Ilzhöfer 44

Heute schon das Morgen denken Futur-Kongress der Bundesregierung 45

Jugend schreibt Zukunft. Die Preisträger des Futur-Wettbewerbs 46

FORUM ZUKUNFT

Nachhaltige Wertschöpfung in Unternehmen. Frank Figge, Tobias Hahn 48

Bensberger Erklärung: Unternehmen mit sozialen Zielen 49

SERVICE

ZUKUNFTSLITERATUR 50

Gruppe Zukunft: Projekte & Termine 54

IZT: Nachhaltige Projekte für Berlin 55

Netzwerk Zukunft. Jahreshauptversammlung 56



forum bürgergesellschaft

FORUM FÜR
BÜRGERBETEILIGUNG UND
GESELLSCHAFTLICHEN
DIALOG

Ökonomie der Zivilgesellschaft



Oder: Warum modernes Stadtleben ohne urbane Subsistenz weder machbar noch wünschenswert ist

VON DANIEL DAHM, BERLIN

Wenn wir über die Stadt und ihre Funktionen nachdenken, dann fallen uns in der Regel unterschiedlichste technische und materiell-bauliche Strukturen und Systeme ein. Weiterhin assoziieren wir Stadt oft zuerst mit Menschen – vielen Menschen unterschiedlichster Denkweisen, Lebensstile, verschiedener Berufe und Arbeitsbereiche, oft in sehr heterogenen und bunten Mischungen von Funktionen. Jeder Bezirk, jeder Stadtteil, jedes Quartier und jeder Kiez ist geprägt und geformt von den dort lebenden Menschen, von den dort ausgeübten Tätigkeiten, den dort ansässigen Wirtschaftsbereichen und Unterneh-

men. Meistens neigen wir dazu, die Zivilgesellschaft dem marktwirtschaftlichen Sektor und der Domäne des Staates gegenüber zu stellen.

Schauen wir jedoch genauer hin und ziehen unsere sozialisierte Brille von der Nase, dann sehen wir, dass es so eine strikte Trennung nicht gibt bzw. dass viele Funktionen im zivilgesellschaftlichen Rahmen ebenso geleistet werden wie andere über Markt und Staat. (Vielleicht wäre es sogar gesünder, wenn wir umgekehrt – aus einer anderen als der erlernten Perspektive – Markt und Staat als die Sektoren betrachten würden, die ihrerseits das Bürgerschaftliche ergänzen: als eine Art Lückenfüller für das, was die Zivilgesellschaft nicht leisten kann oder will.)

Urbane Subsistenz: die städtische Ökonomie der Selbstversorgung

Dies wird deutlicher, wenn wir unseren Blick auf die Funktionen und Mechanismen der Zivilgesellschaft lenken. Die Zivilgesellschaft hat ihre stillschweigende Eigengesetzlichkeit, welche auch die ihr eigene ökonomische Ordnung – eine „zivile Ökonomie“ – prägt: Sie folgt nicht der Logik des Geldkapitals, der Konkurrenz und des Wettbewerbsdrucks, und sie ist in der Regel nicht angebotsgesteuert, sondern bedarfsorientiert. Nennen wir sie die „urbane Subsistenz“, die städtische Ökonomie der Selbstversorgung. Ihre Triebkräfte grün-

den sich auf Kooperation und solidarischen Miteinander innere Motivation der Beteiligten, eine Tätigkeit auszuüben, ihre Prozesse sind kommunikativ und partizipativ dynamisiert.

Die urbane Subsistenz haben wir¹ in drei Städten – Stuttgart, Köln und Berlin – untersucht. Den Schwerpunkt unserer Forschung haben wir dabei auf die öffentliche, gemeinschaftsorientierte Selbstversorgung gelegt, die sich primär der Versorgung der städtischen Gesellschaft mit Dienstleistungen im sozialen und kulturellen Bereich widmet.

Ähnlich wie die Marktökonomie formiert sich die urbane Subsistenz zu Unternehmungen und Initiativen, in Organisationen und Projekten, die wir bürgerschaftliche Einrichtungen nennen – wie z.B. die Aids-Hilfe, ein interkulturelles Zentrum, eine Atelieregemeinschaft, eine Drogenberatungsstelle oder ein Obdachlosenhilfsverein. Ihr Spektrum und ihre ökonomische und soziokulturelle Dimension sind gewaltig – sie braucht sich

Von den bürgerschaftlichen Einrichtungen erbringen rund 45 % Beratungs- und Informationsleistungen, 34 % stellen Kommunikations- und Vernetzungsangebote, und bei 35 % geht es um Selbsthilfe und Erfahrungsaustausch. 14 % der Einrichtungen befassen sich mit Integration und kultureller Identität, 9 % vertreten politische Interessen, 24 % bieten Betreuungs- und Pflegeleistungen für Kinder, Jugendliche, Alte, Kranke, Behinderte und Menschen in Not an. Bei 16 % zählen Bildung und Qualifikation zu den zentralen Angeboten, 20 % leisten künstlerisch-musische Arbeit in Musik, Kunst, Theater. 5 % haben sich Umwelt-, Natur- und Tierschutz bzw. Ökologie zum Thema gemacht.

In Köln widmen sich 251 Einrichtungen den Belangen, Bedürfnissen und Interessen von Kindern, es gibt 92 Nachbarschaftsinitiativen und Gruppen, die sich die Gestaltung des eigenen Stadtteils zum Ziel gesetzt haben, und 95 Einrichtungen widmen sich der Thematik des Altwerdens und Altseins und den damit

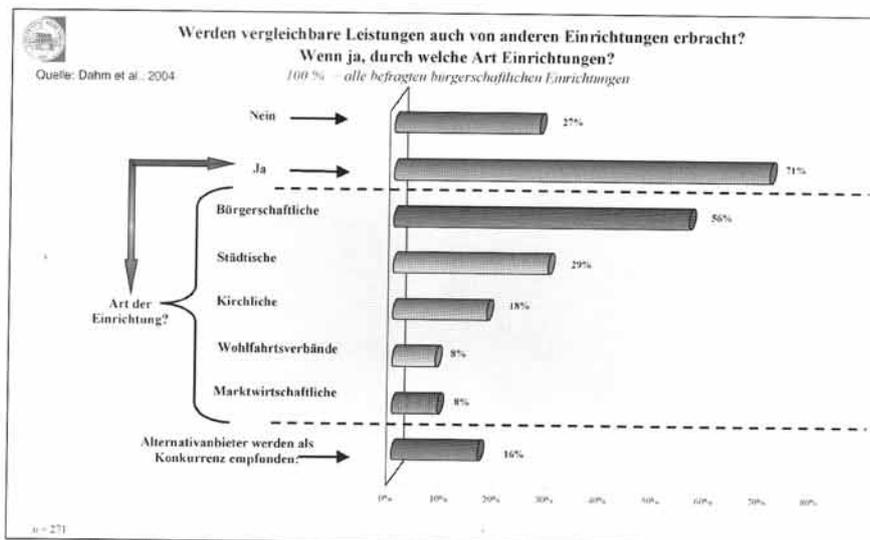
rationsnetze gefördert. Es handelt sich um wichtige Beiträge zum Gemeinschaftsleben. Manche von ihnen werden zwar teilweise auch am Markt angeboten oder von Staat und Kommune besorgt. Doch offenbar reicht das, was der Markt und die öffentliche Hand übernehmen können, bei weitem nicht aus: Es ist zu kostspielig und lässt in bestimmter Hinsicht wichtige Qualitätsmerkmale vermissen. Den größeren Teil des Bedarfs deckt die öffentliche Subsistenzarbeit, und das zu günstigeren und vielfach auch zu angemesseneren Bedingungen.

Die bürgerschaftlichen Einrichtungen – die Infrastruktur der urbanen Subsistenz – kanalisieren und dynamisieren vielfältige Austauschprozesse zwischen unterschiedlichsten bürgerschaftlichen Strukturen und Kooperationspartnern, sie bilden den soziokulturellen Leim der Stadt. Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz ist grundsätzlich durch virtuelle Gemeinschaften in Form von Netzwerken und kooperativen Zusammenschlüssen geprägt. Bürgerschaftliche Einrichtungen, anbietende Gruppen und Menschen sowie Orte des Angebotes werden mit nachfragenden Gruppen und Menschen und ihren Lebensorten vernetzt. In den Untersuchungsgebieten zur urbanen Subsistenz in Stuttgart, Köln und Berlin lassen sich institutionelle und personale Netzwerke als wesentliche Grundlagen der Infrastrukturen der urbanen Subsistenz identifizieren. In Ergänzung zu den Interviews wurden in den bürgerschaftlichen Einrichtungen 'Mental Maps' angefertigt. In diesen werden die lokalen Kooperationen und Vernetzungen visualisiert. Sie veranschaulichen die infrastrukturellen Leistungen bürgerschaftlicher Einrichtungen sowie deren Vernetzungen in den Quartieren. Zudem stellen sie die Einzugsgebiete und Wirkungsebenen der Einrichtungen im öffentlichen Raum dar.

Knapp 50 % der Einrichtungen in den Berliner Untersuchungen verfügen über zwischen rund 10 bis 20 Kooperationen im Quartier, rund 25 % verfügen über fünf bis 10 Partner und weitere 25 % haben zwei bis drei kooperierende Einrichtungen. Für 25 % der Kölner Einrichtungen ist die Bildung und die Pflege von Kooperationen eine zentrale Aufgabe. Über solche Kooperationen werden gemeinsame Aktivitäten initiiert, Arbeitsmaterialien ausgetauscht und Räume und Flächen geteilt. Darüber hinaus werden personelle Synergien im Bereich Kompetenz, Beratung, Arbeit je nach Bedarfslagen erreicht. In Köln befassen sich rund 50 % der bürgerschaftlichen Einrichtungen mit dem Auf- und Ausbau von Netzwerken, 23 % sehen im Stadtteil ihre wichtigste Wirkungsebene, 55 % betrachten die Gesamtstadt als wichtigsten räumlichen Wirkungsbereich und um die 5 % richten sich auf die Landes- und Bundesebene.

Interaktiver Stadtraum, Zweckbestimmungen und (Ver)planungen

Von hoher Bedeutung für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit urbaner Subsistenz sind die Kooperationen und Vernetzungen mit staatlich-öffentlichen Institu-



also in ihrer Bedeutung keinesfalls hinter marktlichen und staatlichen Versorgungssystemen verstecken.

Ein Beispiel in Zahlen: die Stadt Köln. Wir haben 996 Einrichtungen der urbanen Subsistenz in Köln recherchiert – immerhin eine auf 1000 Einwohner! Sportvereine, Karnevalsvereine und Vereine, die sich mit Hobbythemen befassen, haben wir sicherheits halber raus gelassen – obwohl auch in ihnen umfassend bürgerschaftliches Engagement erbracht wird. Außerdem haben wir alle kirchlichen Träger aus der Erhebung ausgefiltert, ebenso die großen Wohlfahrtsverbände wie Caritas, AWO, Johanniter, u.a. Diese haben einen so hohen Formalisierungsgrad, dass wir sie nicht mehr uneingeschränkt zur selbstbestimmten und -organisierten Subsistenz hinzuzählen konnten (hätten wir diese dennoch aufgenommen, wären es noch über 500 Einrichtungen mehr). Allein mit der Eingrenzung auf bürgerschaftliche Einrichtungen, die soziale und kulturelle Dienstleistungen des Alltagsbedarfes selbstbestimmt und selbstorganisiert erbringen, erreicht die urbane Subsistenz schon beeindruckende Dimensionen.

verbundenen Problemen und Bedürfnissen. Die Begegnung und Vernetzung zwischen Menschen hat für fast alle Einrichtungen eine zentrale Funktion. In ihrer Dimension und Vielfalt lassen sich diese Ergebnisse über die Erhebungen in Stuttgart und Berlin bestätigen. Es sieht so aus, dass die Ergebnisse für deutsche Großstädte (und vermutlich auch Mittelstädte) verallgemeinerbar sind. Abweichungen ergeben sich entsprechend des Lokalkolorits bei manchen Zielgruppen und Angebotstypen, nicht aber in Bedeutung und Umfang ihrer Leistungen.

Bürgerengagement: günstiger und leistungsfähiger als Staat und Markt

In urbaner Subsistenz werden zivilgesellschaftliche Kräfte gebündelt, eine eigenverantwortlich Selbstversorgung mit Wohlfahrtsleistungen wird organisiert. Die erbrachten Leistungen werden direkt wieder in die Zivilgesellschaft eingebracht, und so werden rückwirkend Solidargemeinschaften gestützt und Koope-

tionen, die jedoch leider oft nicht an die spezifischen Anforderungen und Eigenschaften bürgerschaftlicher Einrichtungen angepasst sind. Kooperationen mit marktlichen Unternehmen fehlen bisher weitgehend, hier liegen noch hohe Entwicklungs- und Synergiepotenziale brach (obwohl sich unter dem Stichwort „Corporate Social Responsibility“ bereits ansatzweise etwas tut).

Aus 25 qualitativen Interviews in Berlin, weiteren 10 in Köln und 12 in Stuttgart sowie einer quantitativen Befragung von 321 Einrichtungen in Köln geht eindeutig hervor: Voraussetzung für die Ausbildung von Kooperationen und Synergien zwischen verschiedenen bürgerschaftlichen Einrichtungen sind räumliche Nähe und die Möglichkeiten zur (gemeinsamen) Nutzung unterschiedlicher, auch öffentlicher Freiflächen. Laufnähe und gute Erreichbarkeit sind für fast alle bürgerschaftlichen Einrichtungen eine Bedingung für das Engagement der jeweiligen Zielgruppen und die Möglichkeit zur Nutzung der angebotenen Dienstleistungen.

Oft stehen zu viele staatliche Regelungen im Weg: Eine geringe politische und administrative Reglungsdichte wird allgemein als förderlich für zivilgesellschaftliche Aktivitäten und die Entfaltung bürgerschaftlichem Engagements bewertet. Gerade die Nutzungsoffenheit, die freie Gestaltbarkeit der Räume und Flächen wird in den qualitativen und quantitativen Erhebungen in Köln, Stuttgart und Berlin durchgängig als wesentlicher Motor und Voraussetzung für die Ausbildung subsistenzwirtschaftlicher Einrichtungen hervorgehoben.

Komplementäres Miteinander

Aus den gesamten Erhebungen zur urbanen Subsistenz geht übereinstimmend hervor, dass ein komplementäres Miteinander der verschiedenen öffentlichen, ökonomischen und bürgerschaftlichen Institutionen die zentrale Voraussetzung für ein gedeihliches und zukunftsfähiges Miteinander im Lebensalltag darstellt. Nach den Interviews mit bürgerschaftlichen Einrichtungen sowie Gesprächen mit politisch-administrativen Institutionen in Berlin und mit BürgerInnen trägt die Sichtbarkeit und Präsenz unterschiedlicher ziviler Einrichtungen und Aktivitäten zur Schöpfung bürgerschaftlichen Bewusstseins und zur Bereitschaft zu kooperativem und freiwilligen Handeln bei. Die Schaffung und Öffnung von urbanen (Frei)Räumen, Flächen und Gebäuden für vielfältige zivile Nutzungen ermöglicht und fördert bürgerschaftliches Engagement!

Die Notwendigkeit der Ausbildung von Komplementaritäten zwischen den Sektoren wird in den Erhebungen immer wieder mit hoher Vehemenz hervorgehoben. In einem „nutzungsgemischten“ Stadtraum sind hierfür eigentlich die optimalen Voraussetzungen gegeben. Dennoch werden diese Komplementaritäten – vor allem seitens staatlicher und marktlicher Institutionen – bisher wenig gesucht, obwohl solche Synergien zu einer deutlichen Aufwertung der Lebensqualität im Stadtumfeld und zur Erhöhung der Standortqualität führen würden. Die Bedeutung komplementärer

Ergänzungen und Anreicherungen der Sektoren wird bisher wenig erkannt.

Ein Beispiel: In Köln werden pro Jahr rund 2,7 Millionen Stunden öffentliche Subsistenzarbeit in bürgerschaftlichen Einrichtungen erbracht. In ihnen werden über 3700 Erwerbsarbeitsplätze geschaffen, von denen mehr als ein Drittel aus Eigenmitteln der Einrichtungen finanziert werden. Insgesamt werden in Köln über bürgerschaftliche Einrichtungen über 7,5 Millionen Arbeitsstunden im Bereich der sozialen und kulturellen Dienstleistungen erbracht. Ohne die Leistungen aus urbaner Subsistenz würden Städte beginnen sozial auseinander zu fallen und kulturell zu verarmen – die kommunalen Haushalte wären völlig überfordert. Gleichzeitig würde die Standortattraktivität rapide sinken und im Wettbewerb der Metropolen würde der Investitionsstandort zurück fallen.

Zukunftsfähige städtische Wirtschaftspolitik wäre also gut beraten, Marktwirtschaft und Subsistenzwirtschaft konstruktiv zu verbinden: Marktliche Institutionen brauchen bürgerschaftliche Institutionen, denn öffentliche Subsistenzarbeit ist für Stadtkonomie unerlässlich. Sie erbringt jene Leistungen in Kultur, Bildung, Integration, Partizipation, Wohlfahrt und besonders Innovationen, die marktlich bzw. staatlich-kommunal nicht ersetzt werden können.

Funktionsgemischte Gebiete sind förderlicher als Monostrukturen

In reinen Wohnsiedlungen sind bürgerschaftliche Einrichtungen kaum vorhanden – wenn überhaupt, so sind sie überwiegend auf den häuslichen Bedarf und die Nachbarschaftshilfe ausgerichtet.

Bürgerschaftliche Einrichtungen siedeln sich vor allem in funktionsgemischten Gebieten an. Hier finden sich auch überwiegend die Einrichtungen mit stadtteilübergreifendem Einzugsbereich. Auf diese Weise erhöhen sie die funktionelle Vielfalt der Stadt. Bürgerschaftliche Einrichtungen von Migranten finden sich allerdings fast ausschließlich in den gemischten Gebieten. Auf Nutzungen, die gemeinhin als unliebsam gelten oder auch auf Anonymität angewiesen sind (z.B. Aids-Hilfe, Drogenkontaktläden, Wohnprojekte für Straffällige, Asylbewerber), trifft dasselbe zu. Teilweise werden solche Nutzungen (z.B. Moscheen) auch abseits in Gewerbegebieten angesiedelt, ohne in einen stadträumlichen Zusammenhang eingebunden zu sein.

Wie aus stadtweiten Kartierungen für Köln und Stuttgart über die Verteilung bürgerschaftlicher Einrichtungen hervor geht, finden sich diese weit überwiegend in Mischgebieten, dies lässt sich aufgrund räumlicher Verteilung wie auch der Analyse von Stadtteilen und Postleitzahlen erschließen; aus Quartierskartierungen in Berlin und Stuttgart kann dies kleinräumlich auch für die Lage entlang bestimmter Straßenabschnitte und Häuserblocks bestätigt werden. Die Anpassung von Flächennutzungsplänen für eine Vielfalt von Nutzungsoptionen bedeutet somit stadtentwicklungspolitisch auch die Förderung urbaner Subsistenz.

Keine lebendige Stadt ohne urbane Subsistenz

Die hier nur in Auszügen wiedergegebenen Ergebnisse der Untersuchungen zu urbaner Subsistenz lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die städtebauliche Struktur – insbesondere Nutzungsmischung und -vielfalt, soziale Mischung, bauliche Vielfalt und Dichte – hat deutliche Auswirkungen auf die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit städtischer Zivilgesellschaft.
2. Für die Anpassungsfähigkeit von Städten sind die kulturellen, ökonomischen, politischen und sozialen Beiträge städtischer Zivilgesellschaft unverzichtbar.
3. Daraus ergeben sich Anforderungen an Inhalte und Verfahrensweisen der Stadtplanung – in der Planungspraxis ist die Entwicklung und Erhaltung von Orten und Infrastrukturen für selbstbestimmte zivilgesellschaftliche Aktivitäten bisher allerdings noch zu wenig zum Thema geworden. Stadt erscheint nur allzu oft als in Stein erstarrte Manifestation vergangener Nutzungen und funktionaler Paradigmen. Städte werden aber in erster Linie von den Menschen, die sie beleben, determiniert. Dem muss in der Planung städtischer Räume mehr entsprochen werden.
4. Es ergeben sich aber auch neue Anforderungen an die Debatte um die Zivilgesellschaft, die bisher weitgehend ohne Bezug zu den stadträumlichen Verhältnissen geführt wird. Menschen und Gemeinschaften brauchen ein vielfältiges, vitales, interaktiv gestaltbares Lebens- und Wohnumfeld. Zivilgesellschaft kann in ihrer Entfaltung elementar über bauliche und räumliche befördert – aber auch behindert werden. Weniger Planung und geringere rechtliche und administrative Vorgaben sind hier oft stärkend für bürgerschaftliches Engagement, für städtische Zivilgesellschaft.
5. Bürgerschaftliche Einrichtungen als Orte und Netzwerknoten der Zivilgesellschaft können geradezu als Indikatoren für die Anpassungsfähigkeit von Stadtstrukturen angesehen werden: Da die Standortwahl für diese Nutzungen i.d.R. nicht öffentlich gesteuert werden kann und die zivilen Institutionen sich ihre Orte selbst suchen, verweist das Vorhandensein solcher Einrichtungen auf anpassungsfähige Strukturen. Gleichzeitig verweisen sie auf Defizite, die Markt und Staat nicht abdecken (können).

Urbane Subsistenz ist in diesem Sinne die günstigere und auch die angemessenere Alternative für ein agiles und modernes Stadtleben:

Günstiger ist sie, weil durch die ehrenamtliche Arbeit die Kosten für die formelle Beschäftigung bezahlter Angestellter gesenkt werden. Das ist notwendig, weil die erbrachten Leistungen zu vollen Kosten von der öffentlichen Hand nicht finanzierbar und am Markt nicht bezahlbar wären, jedenfalls nicht von dem größten Teil derer, die ihrer bedürfen. Nach Berechnungen in Berlin, Köln und Stuttgart liegt der 'Wohlfahrtsmultiplikator' zwischen 2 und 8, d.h. öffentliche Zuschüsse zur Beschäftigung eines hauptamtlichen Mitarbeiters ermöglichen die Tätigkeit von so vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern, dass dadurch das Zwei- bis Achtfache an Arbeitsleistung finanziert wird. ▶

Angemessener ist sie zumindest dort, wo die Qualität der erbrachten personenbezogenen Leistungen auch von der aufgewandten Zeit abhängt, wie z. B. in der Pflege, in Bildung, in der Beratung von Menschen mit geringer Informationsverarbeitungskapazität, in der Entwicklung und Erprobung von Innovationen mit von Investoren noch nicht erkannten Rentabilitätschancen. Sie ist in solchen Fällen, geeignete Qualifikation vorausgesetzt, von bedarfsangemessenerer Qualität, weil sie nicht gegen Bezahlung organisiert und entlohnt, sondern freiwillig und empathisch erbracht wird und deshalb die jeweilige spezifische Problematik sorgfältiger erfasst.

Urbane Subsistenz ist keine Ersatzkasse

Das Gesagte sollte allerdings nicht als Kompensation der Leistungsschwächen von Markt und Staat missverstanden werden. So wie die wichtige eigenständige Bedeutung der privaten Subsistenz verkannt wird, wenn man sie zur bloßen 'Reproduktion' degradiert, hat auch die öffentliche Subsistenz ihre eigene, besondere Qualität: Sie stärkt die gesellschaftliche Stabilität, indem sie sozialen Polarisierungsprozessen entgegenwirkt, indem sie Menschen verschiedener Lebensstile und Kulturen gesellschaftlich integriert. Sie fördert soziale Kompetenzen, die Fähigkeit zu Selbstorganisation, Kooperation und Kommunikation, zur kreativen Überwindung von Hindernissen, zu Partizipation, und durch all dies die innere Unabhängigkeit der BürgerInnen. Sie erhöht die Lebensqualität und die Standortattraktivität, indem sie die Vielfalt sozialer und kultureller Leistungen vermehrt, Kreativität und Innovation in den Künsten wie in Alltagsbelangen vitalisiert.

Eine vitale Zivilgesellschaft ist heute mehr denn je Voraussetzung für eine anpassungsfähige und lebendige, für eine zukunftsfähige Stadt. Die ökonomische Dimension der Zivilgesellschaft bildet in vielen Belangen die „heimliche“ Grundlage vieler marktökonomischer Folgeprozesse, die oft nur deshalb funktionieren können, weil sie unbemerkt auf den Leistungen der urbanen Subsistenz aufbauen. Die Zukunft der Städte liegt wesentlich im komplementären, wechselseitig befruchtenden Austausch marktlicher, staatlich-öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Leistungen. Dies sollte seitens der Planer und Macher von Stadt-

entwicklung deutlicher als bisher anerkannt werden: Ohne den Beitrag der Zivilgesellschaft ist keine Stadt mehr zu machen! Die Nutzung der aus ihr erbrachten Wohlfahrtsleistungen ist heute für viele betroffene Menschen die alltägliche Normalität, ohne die das Stadtleben im Zeitalter der Sparhaushalte schlicht zugrunde gehen würde.

Um ihren Beitrag zum Stadtleben leisten und den Anspruch langfristiger (Selbst)Versorgungsleistung und -sicherheit erfüllen zu können, braucht die öffentliche Subsistenz allerdings anpassungsfähige städtische Räume ebenso wie unterstützende sozioökonomische und politische Rahmenbedingungen. Geeignete politische und administrative Maßnahmen könnten maßgeblich dazu beitragen, eine sichere und verlässliche Verfügbarkeit und Qualität bürgerschaftlicher Arbeitsleistungen und die Sicherheit und Kontinuität einer verfügbaren Subsistenzinfrastruktur zu gewährleisten. Urbane Subsistenz zu fördern, heißt also auch, die formellen administrativen und rechtlichen Voraussetzungen für bürgerschaftliche Einrichtungen zu verbessern und anzupassen. Dies betrifft den Zugang zu Fördergeldern und Krediten ebenso wie die öffentliche Aufmerksamkeit und Wertschätzung für bürgerschaftliches Engagement und seiner Leistungen. Und, nicht zuletzt, bedarf es einer maßgebenden Beteiligung der

Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltungsmacht der Kommune, d.h. konkret: einer Machtabgabe von Politik und Verwaltung an die engagierte Bürgerschaft.

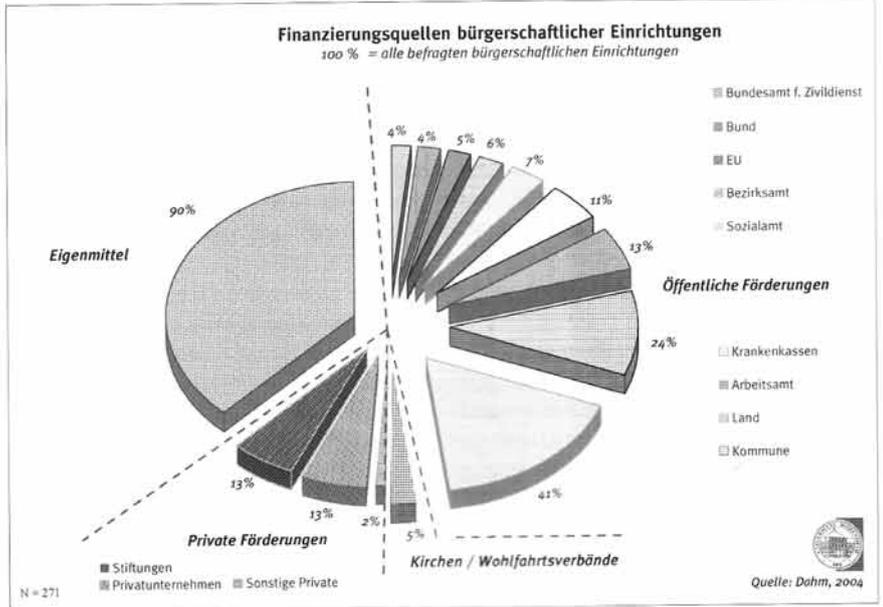
Konklusion

Erst über die Anerkennung der Bedeutung und Entwicklungspotenziale urbaner Subsistenz und ihrer zivilgesellschaftlichen Einbettungen lassen sich die Herausforderungen der Städte des 21. Jahrhunderts adäquat und konstruktiv meistern. Alle politischen und ökonomischen Strategien, die diese Kräfte nicht ausreichend berücksichtigen, integrieren und synergetisch nutzen (wollen), laufen Gefahr, an ihren eigenen – dem vergangenen Jahrhundert der Fixierung auf den Wohlfahrtsstaat entstammenden – Prämissen zu scheitern. Wohlstand wird in der modernen Stadt immer mehr von Menschen und ihren Motivationen und immer weniger von lokal entbetteten staatlichen und marktlichen Institutionen gewährleistet werden können. Selbstbeteiligung, gegenseitige Verantwortlichkeit und Kreativität können die Säulen einer Spaßgesellschaft der Zukunft (wohlverstanden: einer Gesellschaft, die uns endlich wieder Spaß macht!) mit hohem immateriellen Wohlstand werden...

FUSSNOTE

1 Anja Siebentritt-Schüle, Gerhard Scherhorn und der Autor im Rahmen des Forschungsprojektes „Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt“ der Universität Hohenheim in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Der Autor ist Tropenökologe und Humangeograph und arbeitet seit 1997 zur Thematik „Zukunftsfähiger Lebensstile“ u.a. am Wuppertal Institut, dem Institut für Haushalts- und Konsumökonomik der Universität Hohenheim und als freier Wissenschaftler in Berlin. Seine Dissertation „Zukunftsfähige Lebensstile – Städtische Subsistenz für mehr Lebensqualität“ ist im Februar 2004 in Berlin erschienen (ISBN 3-00-013184-1).



Karrieresprung gefällig? Zum Beispiel in den Kongo.



© Remco Bohlé

ÄRZTE OHNE GRENZEN hilft Menschen in Not. Schnell, unkompliziert und in mehr als 80 Ländern weltweit. Unsere Ärzte, Pflegekräfte und Logistiker arbeiten oft in Konfliktgebieten – selbst unter schwierigsten Bedingungen: ein Einsatz, der sich lohnt.

Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- allgemeine Informationen über ÄRZTE OHNE GRENZEN
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft
- die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

Name

Anschrift

E-mail

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 97 0 97 • Sparkasse Bonn • BLZ 380 500 00